

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Lieferung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 11pfeiler 37 mm breite Zeile 2 M. 50 Pf. Familienanzeigen, Einzelzeilen unter 6 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 11pfeiler 2 M. 50 Pf. Verträge 25 Pf. Bezugsgebühren laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorabbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schreibleitung und Hauptverlag: Marienstr. 38/40.
Druck u. Verlag von Heyse & Neumann in Dresden.
Polizeikonto 1068 Dresden.

Druck nur mit deutscher Schriftsprache („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inverlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Für die Sommerfrische!
Hängematten / Liegestühle / Schiffe / Sandspiele / Drachen / Sommerspiele / Angeln und alle Sportgeräte
B. A. Müller, Prager Str. 32.

Kaffee-Kasino
Die beliebten Künstler-Konzerte
Im Trianon: Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

Reisen Sie nie ohne Reisegepäck-Versicherung
die für alle Reisen und Aufenthalte vom Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr haftet. Policen sofort bei
Emil Preuß, Versicherung, Mosezinskyst. 1.
Telephon: 14154 und 14151 Drahtwort: Policepreuß

Der oberschlesische „Waffenstillstand“.

Gefährdende Aussichten.

Rattow, 7. Juli. Die „Gazeta Ludowa“ verbreitet folgende Meldung: In Preußen, die der Interalliierten Kommission nahesteht, herrscht die Überzeugung, daß es trotz der gegenwärtigen Pazifizierung Oberschlesiens sehr zweifelhaft sei, die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten, und daß Oberschlesien noch lange Zeit hindurch ein tätiger Vulkan sein werde und sogar die Ursache eines neuen Weltkrieges werden könne. Die heutige Pazifizierung werde als eine Art Waffenstillstand angesehen. Gerüchten zufolge könne schon im Monat August mit einer Erneuerung der Kämpfe gerechnet werden, die sich dann um so heftiger gestalten dürften, als sie nicht eine unvorbereitete Volkswegung, sondern eine organisierte militärische Campaigne sein würden.

Polenzwang für Oberschlesien.

Oppeln, 7. Juli. Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Polenzwang, wie er vor dem polnischen Aufstande bestand hat. Die Pässe müssen also ein französisches Visum tragen.

Die neuen Befehlungszone in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Oppeln, 7. Juli. Das Abkommensgebiet ist jetzt für die Weisung durch die interalliierten Truppen in drei Abschnitte eingeteilt worden und zwar so, daß die italienischen Truppen den ganzen Westteil bis zur Linie Landsberg, Zaurau, Malapanz, Stofel, Ratibor, die Franzosen den westlichen arabischen und wichtigsten Teil des Abkommensgebietes bis zur Linie Lublitz, Jost, Gieschitz, Adelsdorf, Beuthen, die Engländer aber nur die Strecke Zarnowitz und Hindenburg sowie Teile des Kreises Ostpreußen zur Befehlung angewiesen erhielten. Die Engländer sind damit von den Italienern getrennt. Die Hauptaufsicht über die von allen an die wichtigsten Wehranlagen nach Monarkopolen sind in der Hand der Franzosen. Außerdem sitzen aber auch noch in Hindenburg und Beuthen französische Alpenjäger. In Oppeln befindet sich eine Reserve der interalliierten Kommission, die in der Hauptsache aus Engländern und nur zu einem ganz geringen Teile aus Franzosen besteht. Die ganze Ostseite der Franzosen geht dahin, die italienischen und englischen Truppen an die deutsche Grenze, die Franzosen aber an die polnische Grenze zu schieben. Man hofft dabei französischerseits für den Fall, daß es zu einem neuen polnischen Aufstande kommen sollte, auf bewaffnete Zusammenstöße zwischen Deutschen, Engländern und Italienern. Die Grenze nach Monarkopolen ist bisher in keiner Weise abgesperrt.

Fortdauer der Polenherrschaft.

Hindenburg, 7. Juli. Die deutsche Bevölkerung des Kreises Hindenburg hat an die Interalliierte Kommission telegraphisch einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt, daß heute, nachdem die Räumung längst hätte vollzogen sein müssen, die Ruhe sich noch in keiner Weise gebessert haben. Die Vandalen seien noch voll von Infanterie, die sich über die Polizeigewalt anmaßt hätten. So sei in der Gemeinde Pilsowitz mit Genehmigung des französischen Kreiscontrollers eine aus Infanterie bestehende Gemeindefeldwehr gebildet worden. Selbst in Hindenburg seien Verleumdungen und Mißhandlungen von

Einwohnern an der Tagesordnung. Der Transport großer Waffenvorräte nach dem Kreise Hindenburg dauere an.
Ratibor, 7. Juli. Aus der Umgebung der Stadt wird das Auftreten neuer bewaffneter Banden gemeldet, die in der alten Weise die deutschsprachige Bevölkerung terrorisieren, misshandeln und verschleppen. (W. T. N.)

Die englisch-französische Spannung in Oberschlesien.

Berlin, 7. Juli. Wie aus Beuthen gemeldet wird, ist es dort aus Anlaß der Zusammenstöße zwischen Deutschen und Franzosen zu ersten Auseinandersetzungen der Engländer mit den Franzosen gekommen. Der englische Bataillonskommandeur verlangt die sofortige Zurücknahme der französischen Truppen (Teile eines französischen Alpenjägerbataillons), da Beuthen zur englischen Befehlungszone gehöre und ihm zugewiesen sei. Er fordert außerdem die Freilassung der verhafteten deutschen Geiseln und eine Abperrung der langreck-polnischen Grenze von Schoppitz, Ziemianowicz und Maslowitz, wo sich noch immer polnische Infanteriebanden zusammen mit regulären Truppenabteilungen sammeln. Der französische Kreiscontroller hat die englischen Forderungen abgelehnt und die Entsendung des französischen Generals Gratier eingepreist. Die Spannung zwischen Engländern und Franzosen ist deshalb groß.

Weitere Beuthener Nachrichten besagen, daß die Zusammenstöße mit den Deutschen seitens der Franzosen deshalb provoziert wurden, um die wichtige Stadt Beuthen, die einzige Stadt des Industriegebietes, die sich nicht in der ihnen zugewiesenen Zone befindet, besetzen zu können. Die Engländer hatten auf die Freilassung von Beuthen an die englischen Truppen gedrungen, da sich in Beuthen der Hauptstamm des polnischen Aufstandes und der Abkommensorganisation befindet.

Der Beuthener Mörder ein früherer Insurgent?

Beuthen, 7. Juli. Die Untersuchung des Mordes an dem Major Montalant hat ergeben, daß die Angel von der Bedenstraße aus gekommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Russe (früher Insurgent) sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben. (W. T. N.)

Paris, 7. Juli. Wie der „Aftankhous“ mitteilt, hat die parlamentarische Gruppe der Freunde Polens in der Kammer heute nachmittags beschlossen, durch ihren Vorkämpfer beim Ministerpräsidenten anfragen zu lassen, welche Strafmaßnahmen angesichts der Ermordung des französischen Obersten Montalant in Oberschlesien ins Auge gefaßt seien. (W. T. N.)

Die Trauerfeier für den erschossenen Major.

Beuthen, 7. Juli. Heute vormittag fand die Beerdigung der Leiche des erschossenen Bataillons-Kommandeurs Montalant statt. An dem Zuge beteiligten sich General Verond, General de Martini und Sir Harold Stuart. Alle in Beuthen liegenden französischen Truppen waren aufgeboten. Zu dem Zuge trug eine Reihe polnischer Vereine ihre Mitlieder aufgeboten, die Kranz mit Schleißen in den polnischen Farben mit sich führten. Die Leiche wird vorerst nach Gleiwitz gebracht und auf dem dortigen Militärfriedhofe beigesetzt, um später nach Frankreich überführt zu werden. Die Trauerfeier verlief in voller Ruhe und Ordnung. (W. T. N.)

Der Stand der Wiederaufbauverhandlungen

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 7. Juli. Die vereinigten Kommissionen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten des französischen Senats führten gestern einen Bericht von Couventin über die Verhandlungen an, die in Wiesbaden begannen und in Paris fortgesetzt wurden, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Couventin legte dar, daß die deutschen Forderungen nur fünf Viertel jener Beträge ausmachen dürften, die Deutschland jährlich an Frankreich zu zahlen habe. Couventin wartet die Rückkehr Guggenheims nach Paris ab, der neue Vorschläge überbringen soll. Es müßte die Einsetzung zweier Verkaufsorganisationen ins Auge gefaßt werden, von denen die eine in Deutschland, die andere in Frankreich ihren Sitz haben soll.

Die englischen Bündnispläne.

Washington, 7. Juli. Nach dem heutigen Bericht der „Philadelphian Public Ledger“ hat die britische Regierung der amerikanischen Regierung Vorschläge gemacht, um eine Verständigung der drei Großmächte Großbritannien, Japan und der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean herbeizuführen. Der nämliche Berichterstatter bemerkt dazu, daß die englischen Vorschläge auf dem diplomatischen Wege übermittelbar wurden und somit durchaus amtlichen Charakter tragen. Sie unterliegen jetzt der Prüfung durch die Regierung in Washington. (W. T. N.)

Das Verhältnis Rußlands zu Griechenland.

London, 7. Juli. Nach einer Exchange-Meldung aus Smyrna trauerte die griechische Premierminister drachinos, ob die Nachricht von der griechischen Kriegserklärung an Rußland auf Wahrheit beruhe. Ministerpräsident Gurnaris erklärte in seiner Antwort die Nachricht für vollkommen unrichtig. Griechenland befindet sich nur mit den Rumänen im Kriegszustand.

Die Auslieferung der Aufmarschpläne.

Berlin, 7. Juli. In der aus Basel und Genf kommenden Nachricht über die Forderung der Entente-Mächte an die Auslieferung der Aufmarschpläne: des ehemaligen deutschen Generalstabes wird von besserer Unterrichtet Seite mitgeteilt, daß eine solche Forderung seitens der interalliierten Kontrollkommission noch nicht gestellt worden sei, daß aber mit ihr schon in den nächsten Tagen zu rechnen ist. General Vollet soll bereits im Besitz der entsprechenden Parier Instruktionen sein. Die interalliierten Forderungen sollen befristet und in bestimmter Form gehalten sein und sich auf die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages stützen. Angeblich sollen dieser neuen Entente-Forderung noch weitere Forderungen folgen.

Die Haftlosigkeit polnischer Verleumdungen.

Berlin, 7. Juli. Die deutsch-polnische Kommission aus Polen ist am 7. Juli von ihrem Befehl im Niederlausitzer Provinzialkomitee zurückgekehrt. Sie hat dort festgestellt, daß seitens der Behörden oder Arbeitgeber keinerlei Zwänge zur Erzwingung der Abwanderung von Polen ausgeübt worden ist. Soweit polnische Arbeiter unter dem Zwange wirtschaftlicher oder sozialer Spannung zur Auswanderung veranlaßt worden sind, haben sie dies mit Hab und Gut ungeschindert durchführen können. Die Kommission hat sich am 7. Juli wieder nach Polen zurückgegeben. Es muß abgewartet werden, daß dort die falschen Darstellungen über die Lage der Polen in Deutschland aufhören. Es muß aber vor allen Dingen auch erwartet werden, daß gegen die Verleumder in Polen und Behauptungen energisch eingeschritten wird!

Die Kanzlerreise nach Breslau.

Berlin, 7. Juli. Der Reichskanzler Dr. Brüning und der preussische Minister des Innern Dominikus haben sich heute zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen ober-schlesischen und schlesischen Stellen persönlich Sühnung zu nehmen. (W. T. N.)

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

Bei den Beratungen, die im Ausschuss des Reichstages über die Reform des auswärtigen Amtes und des diplomatischen Dienstes gepflogen werden, ist die Öffentlichkeit vornehmlich an der Frage interessiert, ob die alte, künstliche Diplomatie wirklich so grundriecht ist, wie gewisse Kreise behaupten, so daß sie am besten wäre, ganz von der Bildfläche zu verschwinden und einem neuen Stabe von Kaufleuten, Industriellen und Parlamentariern Platz zu machen, oder ob sie nicht doch auch ihre sehr beachtlichen Vorzüge hat und des weiteren Lebens wert ist, wenn sie unzulänglichen Fehlern und Bösen entlastet und sich in modernem Gewande präsentiert. Die Bemängelung der Diplomatie ist nicht erst allerneneuere Datum, sondern war schon lange vor dem Kriege ein oft behandeltes Thema in Presse und Parlament. Doch war damals noch nicht die Festigkeit des Tones üblich, mit der nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges alle Welt gegen unsere berufsmäßigen Diplomaten loszog und ihnen die ganze Schuld an der Katastrophe in die Schuhe schob. Es gehörte eine Zeitlang geradezu zum „guten politischen Ton“, recht weidlich auf die „Bügelalt-Diplomaten“ zu räkonnieren und kein gutes Haar an ihnen zu lassen. Rein gar nichts sollten die Leute vom Bau“, die doch ja in allen Berufen geschätzt und unentbehrlich sind, mehr laugen, und das Heil solle nur in der Berufung von „Praktikern“ liegen, denen allein der Besitz der erforderlichen Eigenschaften zu einer geachtlichen Führung der auswärtigen Politik, als das sind Tatkraft, Unternehmungskraft, Ideenreichtum, vorsichtiges Abwägen der Wirkung, kritische Beobachtung der Erscheinungen des öffentlichen Lebens, Kenntnis von Land und Leuten, Anpassungsfähigkeit an die fremde Denk- und Anschauungsweise, zugesprochen wurde. Inzwischen hat sich die Stimmung aber schon erheblich beruhigt und viele, die zuerst lebhaft in das allgemeine Verdammungsurteil einstimmt, sind jetzt geneigt, ihre Ansicht zu revidieren und Licht und Schatten gleichmäßiger zu verteilen. Sicherlich kann auch heute bei einer unparteiischen Würdigung der Verhältnisse nicht bestritten werden, daß die deutsche Diplomatie sich mancherlei zum Teil recht schwerwiegende Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, deren Vermeidung uns aller Wahrscheinlichkeit nach eine geachtlichere Machteinkonstellation beim Beginn des Krieges sichergestellt hätte. Doch selbst in diesem Punkte wird man nicht bedingungslos dem Stab über die Vertreter der alten Diplomatie brechen dürfen, sondern bedenken müssen, daß die Zeit ihrer Tatkraft, die jeweiligen Verhältnisse und Zustände, die Strömungen der öffentlichen Meinung eine große Rolle spielen und die diplomatische Wirksamkeit wesentlich beeinflussen. So kann es z. B. das geschichtliche Urteil dem Fürsten Bülow nicht zur persönlichen Schuld anrechnen, daß er die englischen Bündnisangebote zurückwies, weil damals noch ganz Deutschland im Banne der Anschauung stand, daß der englisch-russische Gegensatz unüberbrückbar sei, und daß die deutsche Politik sich daher beiden Staaten gegenüber die Hände frei halten müsse.

Zur Ehrenrettung der alten künstlichen Diplomatie dient aber auch noch ein weiterer Umstand, der fast immer bei der Behandlung der Frage übersehen wird, nämlich die Erscheinung, daß die Weidwörter über unsere auswärtige Vertretung erst nach dem Rücktritt Bismarcks begannen haben. Solange der Eiserne Kanzler das Heft in der Hand hatte, funktionierte der auswärtige Apparat tadellos und Männer mit so kostbaren Namen wie Hofeldt, Münster, Radewitz, Reuß, Schöller, Schweinitz, Stumm erlebten ihre Aufgabe als verständnisvoll ausführende Werkzeuge ihres großen Vorgesetzten und doch auch wieder mit der gebotenen Selbstständigkeit in einer Weise, die ihnen selbst die Achtung der Nation sicherte und für die Gehaltuna der auswärtigen deutschen Beziehungen gute Früchte trug. Alle diese mit Erfolgen gekrönten Diplomaten verschwanden nicht etwa gleich nach dem Sturz Bismarcks in der Versenkung, sondern führten ihr Amt noch lange Zeit weiter, und erst später trat die Ernennung des diplomatischen Korps aus dem neuen industriellen Adel ein, so daß der Geburtsadel etwas ins Hintertreffen geriet. Wie kam es nun, daß trotzdem dem Erbe der alten Diplomaten plötzlich der harmlose Zusammenstoß zu fehlen begann, als Bismarck nicht mehr den Taktstock führte? Der Grund lag darin, daß sein sein Dirigent fand, der Bismarck zu erziehen vermochte, und daraus erhellt, daß es nicht nur auf die Diplomaten ankommt, sondern sehr wesentlich auch auf die Leitung der auswärtigen Politik in der Heimat, wenn das Gesamtergebnis befriedigend soll. Der Welt ist maßgebend, der im Auswärtigen Amte herrscht, auf Grund dessen die Diplomaten draußen instruiert werden und den sie genau kennen, der ihnen Freundlichkeit und Rücksicht bei der Ausübung ihres Berufes verleiht oder sie hemmt und rückwärts macht, je nachdem. In dieser Hinsicht aber ging es in Berlin in der nachbismarckischen Zeit ständig bergab und zumal in der Bethmannschen Ära war es geradezu ungeheures Gefallen in den Kanzleien der Gesandtschaften, daß nichts Unangenehmes über fremde Staatsoberhäupter, Regierungen und Volksstimmen nach Berlin berichtet werden durfte. Da die Botschafter und Gesandten, die dennoch der Wahrheit die Ehre gaben, grob angefahren wurden, so fügten sie sich

schlechthin widersprechend in ihr Schicksal und so wurde es am Ende Brauch, die answärtige Lage in den richtigen Farben zu malen, bis dann schließlich das jähre Erwachen alle Illusionen in Berlin zerhört.

Also: Vertretung der auswärtigen Politik dabei und diplomatische Vertretung draußen müssen beide auf den richtigen Ton gekommen sein, wenn es einer Volkswirtschaft geben soll, und um keinen Preis darf das verleugnet werden, was Bismarck allen seinen Diplomaten zur überlieferten Pflicht machte: unbedingte Wahrhaftigkeit in ihren Berichten. Manche unserer alten Diplomaten besaßen unverkennbar eine gewisse Schwäche in der richtigen Beurteilung des wahren Standes der öffentlichen Meinung in dem Lande, wo sie wirkten, weil sie ihre Aufgabe zu exklusiv ausfühten und sich im wesentlichen bloß um den Monarchen und seine Hofgesellschaft kümmerten. Dies muß zweifellos gründlich Wandel geschaffen werden; denn der Diplomat ist nicht bloß bei dem Souverän des fremden Landes beurlaubt, sondern bei der ganzen Nation, deren Pulsschlag er beständig fühlen soll. Ansonsten kann es nicht nicht schaden, wenn auch aus kaufmännischen, industriellen und parlamentarischen streifen diplomatische Vertreter entnommen werden. Auf keinen Fall darf der Adel bei der Auswahl der Kandidaten zu bevorzugt werden, das bürgerliche Element, die sich nach Geburt, Tüchtigkeit und Vermögen um diplomatischen Dienst eichen, solchen Bewerber mußte eine Berücksichtigung erfahren. Das Verlangen aber, daß die Kreise, aus denen bloß die künftigen Diplomaten entnommen wurden, mit einem Male ganz ausgeschaltet und die Diplomatie den Männern der Praxis so gut wie ausschließlich vorbehalten werden sollte, geht viel zu weit. Es bedeutet nichts anderes, als daß ein neues Privileg an Stelle des alten gesetzt wird. In der nächsten Richtung beider Elemente ist allein die Gewähr eines guten Erfolges gegeben.

Nicht verstanden kann man ferner der neuerdings viel herrschenden Ansicht, daß der Diplomat in erster Linie wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen habe. Dazu sind die konstanten und wirtschaftlichen Vertreter da, wenn auch eine gründliche wirtschaftliche Orientierung für jeden Vorkämpfer und Gesandten ebenfalls notwendig ist. Die Staaten werden aber in ihrem Verkehr miteinander doch nicht allein um ausschließlich um wirtschaftlichen Fragen und Rücksichten bedacht, sondern die hohe Politik hat daneben ihr eigenes, sehr unklareres und verwickeltes Arbeitsfeld, und dieses muß der Diplomat vor allem beherrschen. Wie ein Diplomat unter Umständen als Politiker sich betätigen muß, zeigt das Beispiel des englischen Gesandten in Petersburg vor dem Kriege. Auf dessen Veranlassung und durch dessen Vermittlung wurden dem führenden russischen Parteigänger, das hauptsächlich den allgemeinen Zimmerratsmitgliedern zuzurechnen der Annäherung an England zuzurechnen, 20 Millionen Mark zugewandt. Vient da nicht die Frage nahe, ob uns vielleicht der Zweifrontenkrieg hätte erspart bleiben können, wenn unser Gesandter in ähnlich selbstbewusster Weise sich für ein deutsch-russisches Einvernehmen ins Zeug geworfen hätte? Die Erinnerung an diese Episode beweist, wie verfehlt es wäre, wollte man die deutsche Diplomatie der Zukunft so einseitig auf das wirtschaftliche und handelspolitische Moment einstellen, wie es die Modernisierung fordert.

Wenn es so außer Zweifel steht, daß mit einem radikalen Umsturz in der Diplomatie nichts zu erreichen ist, so darf doch auch mit dringlichen Reformen und Verbesserungen nicht gewartet werden. Vor allem muß mit der übermäßigen Zahl der Beamten aufgeräumt werden, die sowohl in der Berliner Zentrale, wie in den auswärtigen Konsulen zum Teil in solchen Mengen vorhanden sind, daß sie sich gegenseitig im Wege stehen und behindern. Das es sonst noch zu reformieren gibt, ist kurz vor dem Ende des Krieges in einer gemeinsamen Denkschrift der drei Kaiserhöfe eingehend erörtert worden. Der Kern der darin enthaltenen Darlegungen ist, daß den wirtschaftlichen Erfordernissen in unseren Auslandsvertretungen, namentlich in der Organisation des Konsulardienstes, bei der Vorbildung und der Tätigkeit unserer Beamten, größerer Einfluß eingeräumt werden soll. Um die wirtschaftlichen Interessen auch bei unserer diplomatischen Vertretung zu übermitteln, wird vorgeschlagen, unseren Gesandtschaften Wirtschaftsoffiziere anzuschließen, die, ähnlich den Militär- und Marineattachés, die politischen Funktionen der Gesandten zu ergänzen und in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsamt zu stehen hätten. Es wäre auch ihre Aufgabe, die ihrer Aufsicht zu unterstellenden Konsule mit den Ansichten der diplomatischen Stellen vertraut zu machen und sie überdies zu erhöhter Tätigkeit anzuregen. Ein Hauptgewicht wird auf die Forderung gelegt, daß bei der Auswahl der Beamten im Auslandsdienst jeder Bureaukratismus zurücktritt und jeder mit allen Kreisen der einheimischen Bevölkerung und den dort ansässigen Deutschen in ständiger enger Fühlung bleibe. Wenn die baltische Denkschrift jetzt im Ausschuss des Reichstages wieder aus der Masse hervorgeht und schließlich gewürdigt wird, kann sich daraus eine Reform entwickeln, die unseren ganzen ausländischen Dienst neues Leben einhauchen vermag, auf einer Grundlage, auf der die deutsche Diplomatie mit befähigten neuen Kräften aus dem praktischen Leben Hand in Hand geht und beide ohne Rücksicht auf den gemeinsamen Ziele aufreht, das in der nationalen Notwendigkeit, unserer auswärtigen Politik wieder neue Impulse zu verschaffen, gegeben ist. Die Kontrolle des auswärtigen Ausschusses, der fortan in regelmäßigen Sitzungen zusammenzutreten und zu den dringenden politischen Fragen Stellung nehmen soll, kann bei richtiger Ausübung der Durchführungs- und Wirksamkeit der Reformen nur förderlich sein.

Die neue Streikgefahr in Berlin.

Berlin, 7. Juli. Das überraschende Ergebnis der Urabstimmung über den Zurücktritt der Reichsregierung für die ausländischen Gewerkschafter hat bisher eine Mehrheit von rund drei Vierteln der Arbeiter für den Streik ergeben.

Bei der Abstimmung der Berliner Straßenbahntrahnen gab sich nur eine kleine absolute Mehrheit für den Streik. Nach einer längeren Aussprache mit dem Stadtverordneten Dr. Adler, der darauf hinwies, daß das städtische Verkehrsunternehmen eine neue Stärkung nicht würde überwinden können, beschlossen die Vertrauensmänner der Straßenbahn, von einer Arbeitsniederlegung abzusehen.

Eine russische Beschwerde.

Berlin, 7. Juli. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kow, hat in einer Note an das Auswärtige Amt gegen die Ausweisung des russischen Volksbeauftragten Kretschinski aus Bayern Beschwerde erhoben. In der Note wird besonders gegen die Behandlung Kretschinski protestiert, der von der bayerischen Polizei photographiert wurde und von dem Kaiserabdruck gemacht worden waren.

Ein wissenschaftlicher Beirat im Ernährungsministerium.

Berlin, 7. Juli. Um in der gegenwärtigen Zeit größter wirtschaftlicher Not die wissenschaftliche Forschungsarbeit hierfür als bisher an der praktischen Lösung des Problems der Volksernährung zu beteiligen, hat der Reichsernährungsminister Hermann seinem Ministerium einen Beirat zur Förderung ernährungswissenschaftlicher Tätigkeit angegliedert, der sich aus Professoren der verschiedenen Hochschulen zusammensetzt. Der Minister hofft, daß es der Mitarbeit der hervorragenden Forscher, wie sie dem Beirat angehören, gelinge, Mittel und Wege zu finden, um neue Nährstoffquellen den Menschen zu erschließen, die jetzt zur Verfügung stehen, Rohstoffe vorzuziehen als bisher anzunehmen, und das Verfahren zur Verarbeitung der Rohstoffe zweckmäßiger auszugestalten und die Lebensmittel zu zubereiten zu lassen, daß sie sowohl als nur möglich und so zweckmäßig als nur möglich vom Körper ausgenutzt werden können. (B. T. B.)

Die Schluß-Sitzung vor den Reichstagsferien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Juli. Die Frist zur Anmeldung von Beroderungen im Ausgabeverfahren wird entsprechend dem Londoner Abkommen bis zum 20. September dieses Jahres verlängert. Der Gesetzentwurf, wonach Privatbanken über das in ihrem Eigentum befindliche Gold nur mit Genehmigung der Reichsregierung verfügen dürfen, wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Bekanntmachung über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschifffahrt wird in zweiter Lesung angenommen. Gegen die dritte Lesung wird von unabhängiger Seite Widerspruch erhoben, so daß sie erst im Herbst stattfinden kann.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die anderweitige Beschäftigung der

Veitungen und Beiträge in der Invalidenversicherung.

In einem unabhängigen Antrage, der Erhöhung der Beiträge der Invalidenversicherung verlangt und dem vom mehrheitlich sozialistischer Seite sehr entgegengetreten wird, erklärt Abg. Dr. Wamm (D.M.): An der Not der Invaliden nehmen wir den gleichen Anteil wie die anderen Parteien. Wir haben aber in einer so frühen Lage, daß wir alles tun müssen, um dasjenige, was wir für die Invaliden bezifferten, auch so zu sichern, daß es ihnen dauernd gegeben werden kann. — Abg. Karsten (M.D.): Wenn Jesus Christus das Leben würde, was Sie hier ausstreifen, dann würde er Sie aus dem Tempel herausjagen. — Die unabhängigen Anträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird darauf gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausdehnung der Wohnhilfe und Wohnkassenfrage. Die Abstimmung wird ausgesetzt, da Anträge noch nicht vorliegen. Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Höllein (Komm.) und Körner (D.M.) werden abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung des Verdrängungsschädengesetzes, verbunden damit wird das Kolonialschädengesetz, das Auslandsschädengesetz und die Entschädigungsordnung. Der Ausschuss fordert mäßige Beschleunigung bei der Festlegung von Schäden und Veranlassungen. Zu diesem Zweck soll das Reichswirtschaftsgericht erweitert werden. Im Reichstag soll ein Plan vorgelegt werden, wie die Reichsregierung eine bessere Sicherung des Rechtschutzes auf wirtschaftlichem Gebiet gewährleisten will.

Abg. Niedmüller (Soz.) gibt im Namen aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eine Erklärung ab, daß in den 45 ausgehobten Sitzungen des vom Reichstag einberufenen Ausschusses alle Parteien an der Lösung der schwierigen Frage der Entschädigung mitgearbeitet haben. Eine Ausfrottage der Fragen, die zu lösen sind, sei wegen der Geschäftsfrage in diesem Hause nicht mehr möglich. In der Lösung der Frage der Finanzierung der Entschädigungsgesetze, die eine der schwierigsten Aufgaben bei der Lösung des Gesamtproblems der Reichsfinanz bildet, soll ein Reichstagsausschuss von 15 Mitgliedern mitwirken. Die vorliegenden drei Gesetze würden in der Luft schweben ohne das vierte Gesetz.

Die Entschädigungsordnung.

Diese sei notwendig, um die Gesetze ohne Verzögerung praktisch wirksam werden zu lassen. Die Parteien, die sich an dieser Erklärung vereinigt haben, sehen von weiterer Erörterung in diesem Hause ab und bitten, allen vier Gesetzen die Zustimmung zu geben. Sie geben dabei der Hoffnung Ausdruck, daß mit diesen Gesetzen nicht nur unseren schwergeprüften Verbündeten aus Ost und West, nicht nur den um ihr Leben kämpfenden Kolonial- und Auslandsdeutschen unbedingt Kriegshilfe gewährt wird, sondern auch daß die Gesetze in ihrer Auswirkung wesentlich zur Stärkung und Förderung unserer gesamten Volkswirtschaft beitragen werden.

Die Faschistenbewegung in Italien.

Von Graf E. v. Redwitz.

Schon am die Jahreswende 1918, als die Opfer und Missetaten des Krieges ihre Folgen zeitigten, schien es, als ob die innere Entwicklung Italiens denselben Weg nehmen sollte, wie die der übrigen Länder des ehemaligen Dreiperders. Die Enttäuschungen, die der Friedensschluß brachte, wirkten weiter in dieser Richtung und wurden von den Sozialisten für ihre Zwecke noch kräftiger ausgenutzt. Die Zahl der Unzufriedenen mehrte sich in beängstigender Weise und das Ende war ein hartes Anwachen der Linke, die dann auch in das erste Friedensparlament Italiens in nie gekannter Stärke einzog. Ihrer Sache in der Kammer gewiß, entwickelten die vereinigten sozialistischen Parteien überall im Lande eine schiefe Taktik. Durch Streiks, Sabotageakte und Unruhen sollte den Bankrott des Reiches die Macht des Proletariats eindringlich vor Augen geführt, das Vorkommen eingeschüchtert und so in Italien daselbst vorbereitet werden, dessen sich die „Genossen“ in Deutschland, Österreich und Ungarn rühmten. Damals, als die bolschewistische Welle drohend um das Kavital brandete, sah Professor A. Mussolini in Italien das, was uns im Norden fehlte: eine Kampftruppe gegen die Revolution, bestehend aus national gestimmten Männern, die bestimmt war, überall dort zur Stelle zu sein, wo die Revolution sich aufmachte, einen Stachel zu führen. Die fasces, das Bündel der römischen Viktoren, die sie sich zum Zeichen erwählte, sollten sie erinnern an die Größe des alten Rom, dem der Mut und der Opfer seiner Bürger den Welttrieb dienlich gemacht; ihnen wollten sie es gleichmüßig, wie sie zusammenhingen und alles einziehen für ihr Vaterland. Die faschistische Bewegung wurde vom Volke mit Begeisterung begrüßt, sah man doch in ihr eine gesunde, harte Reaktion gegen die drohende bolschewistische Gefahr. Das italienische Vorkommen schloß sich zusammen ohne Hintergeden der Partei und nahm sofort auf breiter Front entzündeten den Kampf auf gegen die Kräfte des Unkrautes. Und siehe, als die organisierte Linke zum ersten mal auf ein organisiertes Bürgerium stieß, trat unversehens die Erneuerung ein, man begann zu begreifen, daß die Zahl der Sozialisten in keinem Verhältnis zu ihren Forderungen und die Einsichten unter ihnen, die zur Verständigung mit den Bürgerlichen rieten, gewonnenen Einsicht: Die Umsturzgefahr war beseitigt.

Gewiß ist dieser Sieg der vereinigten bürgerlichen Parteien den Anstrengungen aller zu danken und nicht auf das Konto der Faschisten zu setzen, wie diese es gerne sehen würden. Aber es ist auch nicht zu verkennen, daß die Männer des fasces an der Abwehr der Umsturzgefahr hervorragenden Anteil haben. Denn sie waren es, die als die Sturmtruppe des Bürgeriums überall in erster Reihe standen und den Kampf Mann gegen Mann durchfochten. Ein anderes freilich ist, wie viel sie in dieser Stellung der Sache geschadet haben, für die sie kämpften. Denn nur zu bald, durch ihre ersten Siege übermächtig geworden, suchten sie weitere Erfolge mit Mitteln und auf Gebieten, die ihnen nicht bestimmt sein konnten. Sie bekämpften den Gegner nicht nur in Heben und Schritten, sondern auch und vor allem mit viel drastischeren Beweismitteln, mit Handgranaten und Repetierpistolen, also mit denselben Waffen, deren Verwendung im politischen Streite sie bisher so sehr bekämpft hatten. Sie unternahmen mit fliegenden Corps vorbereitete Heberfälle auf rote Ortschaften und Städte, wozu es dann überall zu erbitterten Kämpfen kam, die in der Regel mit der Zerstörung der sozialistischen Vereins- und Zeitungshäuser endigten. Als hunderte von Gebäuden in den verschiedensten Städten Italiens ein Raub der Flammen geworden waren, kam es dann endlich so weit,

Das Verdrängungsschädengesetz wird darauf in dritter Lesung einstimmig angenommen. Die anderen Gesetze werden gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Der vom Abg. Dr. Curtius eingebrachte Gesetzentwurf über das Reichswirtschaftsgericht geht an den Rechtsausschuss. — Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volksbildung über die

Gewerkschaftsfrage.

Der Ausschuss fordert eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land, des Baues von Kanälen, den Neubau notwendiger Verkehrsstraßen, Beschleunigung der Wiederaufbau, Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weissem Umfang, Bildung von Arbeitsgemeinschaften durch Gemeinden, Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte zur Hausangestelltenarbeit. Die Zahl ausländischer Arbeiter soll möglichst vermindert werden. Angelehnt werden soll eine allgemeine Erhöhung der Produktivität.

Abg. Meitner (Komm.): Der Vorschlag des Ausschusses sei in keiner Weise ausreißend zur Lösung der Arbeitslosenfrage. Die Schlichtungsausschüsse seien nur eine Zäune des Kapitalismus. Die Betriebe würden im Profitinteresse geschlossen, die Arbeiter auf die Straße geschickt. Abg. Thmann (Unabh.): Den Rednern habe man 12 Milliarden geschickt, um neue Schiffe zu bauen. Jetzt hängen die Werften still. Nicht die notleidenden Arbeiter und Seeleute sämen in Betracht, sondern nur die notleidenden Redner. (Lebhafter Widerspruch rechts.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Regierung müsse von den Unternehmern, die Staatsaufträge erhalten, nachdrücklich verlangen, daß sie den auf gesellschaftlichen Bestimmungen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegenstellen.

Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Mieten der Reichstagsmitglieder wird ohne Ausprache einstimmig angenommen. Darnach werden die Mieten für die in Berlin wohnenden Abgeordneten auf 2000 Mk., für die übrigen auf 1500 Mk. erhöht. — Es folgt die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Verdrängungsschädengesetz. Weitere Anwendung soll bei Meinungsverschiedenheiten zwecks Verständigung mit den beteiligten Beamtenorganisationen verlangt werden.

Abg. Morath (D. Sp.) erklärt namens seiner Fraktion, daß in den vorliegenden Ausführungsbestimmungen sich solche befinden, die den Vorschriften des Gesetzes über die Beamtenbesoldung zuwiderlaufen, bzw. sie zu ungünstiger der Beamten ändern. In diesem Augenblicke aber neue Verbesserungsanträge zu stellen, wäre angesichts der Haltung der Mehrheit des Hauses zwecklos, nachdem sämtliche Verbesserungsanträge in der zweiten Lesung reiflos wieder befeitigt worden sind. Die Vorlage wird darauf angenommen.

Die Gesetzentwürfe über die Gleichstellung der Frau in der Justiz und über das Branntweinmonopol, sowie das Schulgesetz werden von der Tagesordnung abgesetzt. Nächste Sitzung auf Dienstag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, mit der Tagesordnung: Beratung von Steuergesetzen. Sollten wichtige Ereignisse ausen- oder innenpolitischer Art eintreten, so wird die Sitzung auch früher endigen werden.

Zum Schluß gab der Präsident noch der Hoffnung Ausdruck, daß die vorausichtlich inzwischen fallende endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberstleutnant auf Grund des Rechtes, welches die oberste Instanz der Welt darzulegen hat, erfolge. Wir haben, fuhr er fort, vorhin einem Komplex von Gesetzen zur Annahme verholfen, die bestimmt waren, gewisse Wunden des Krieges zu heilen, weil wir alle Wunden nicht heilen können. Wir wünschen, daß die Vertriebenen, Gestraften, daß diese Völkler nunmehr mit unserer Hilfe die Möglichkeit erhalten, sich eine neue Existenz zu gründen. (Beifall.) — Schluß 5 Uhr.

daß niemand, der den Mut hatte, sich als Sozialist zu bekennen, davor sicher war, von Faschisten auf offener Straße angegriffen und niedergeschlagen zu werden. So wurde das Volk mit Schrecken inne, daß es für den roten nun den faschistischen Terror eingetauscht habe und da die Regierung den Gewalttätigkeiten der Faschisten noch weniger Widerstand entgegensetzte wie früher dem Treiben der Sozialisten, schritt eben auch jetzt wieder das Volk zur Selbsthilfe — und bei den letzten Kammerwahlen zählte man mit Stauen bedeutend mehr Stimmen für die Sozialisten, als diese selbst erwartet hatten.

Solange sich die Faschisten auf ihre ursprüngliche Aufgabe beschränkten, nämlich im Verein mit den übrigen bürgerlichen Parteien durch Hebung des nationalen Bewußtseins und Stärkung des vaterländischen Gedankens die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung vorzubereiten und das italienische Volk für eine fröhliche nationale Politik reif zu machen, solange war diese Bewegung an begreifen und es niemand in- und außerhalb Italiens konnte gegen sie etwas einwenden. Das hat aber die offizielle Politik Italiens dazu, wenn die Faschisten nun seit Monaten eine Politik treiben, die derjenigen der Regierung diametral widerläufig? Wenn die Faschisten ihre Aufgabe darin erblicken, den inneren Frieden des Landes durch Gewalttätigkeiten zu stören, und ihre Sagenen dahin auslegen, daß unter den äußeren Feinden Italiens die sie bekämpfen wollen, die Deutschen zu verstehen seien? Tatsächlich wird von den Männern um Mussolini der Kampf gegen die Deutschen, besonders aber gegen die Deutschen in Italien in einer Weise geführt, die an die schlimmsten Zeiten des Krieges erinnert. Vor allem richtet sich die Wut dieser Leute gegen das von Italien geraubte Südtirol mit seiner deutschen Bevölkerung. In dem Kampf gegen diese „Fremden“ erscheint den Faschisten jedes Mittel gut genug, auch hier scheuen sie vor keiner Gewalttat zurück und die Brutalität in Vojen ist ein ewiges Denkmal jenes ungehemmten Hasses, den diese Männer überall dort Ausdruck geben, wo sie Deutschen begegnen. Auch in der italienischen Kammer, in welche die Deutschen wie die Faschisten nun zum ersten Male eingezogen sind, haben diese keinen Zweifel darüber gelassen, welche Stellung sie diesen Deutschen und Deutschland gegenüber einzunehmen gedenken; und es ist zu befürchten, daß sie dort im Verein mit anderen Deutschen alles aufbieten werden, jede Verständigung zwischen Deutschland und Italien unmöglich zu machen. Aber es ist doch fraglich, ob sie wirklich imstande sein werden, ihren „alten“ Willen durchzusetzen und die Beziehungen zwischen Deutschland, Deutsch-Oesterreich und Italien dauernd zu verfechten. Denn der Faschismus hat sich überlebt und dürfte auch mit Anwendung so harter Reformmittel, wie Deutschenbege, Opposition gegen die Regierung, Wirtschaftsreform usw. nicht mehr allzuvielen neue Anhänger gewinnen. Selbst von den letzten 35000 Jüngern Mussolinis werden nicht wenige sich abwenden und umkehren, wenn das eintritt, was kommen muß: der offene Kampf zwischen der Regierung und dem fasces. Denn weder das Kabinett Bonomi noch irgend ein, das ihm einmal folgen wird, wird es dulden können, daß eine Partei sich als staats-erhaltendes Element gibt und für sich Stimmung macht, die den Kampf gegen die Staatsform offen auf ihre Fahne geschrieben hat. Denn die Faschisten sind Republikaner und als solche Gegner nicht nur des italienischen Absolutismus, sondern der letzten Staatsverfassung überhaupt. Auch hier machen sie kein Hehl daraus, daß sie ihren Willen durchsetzen wollen, selbst mit Gewalt. Aber das italienische Volk will Ruhe, will aufbauen und arbeiten und wird sehr wahrscheinlich wenig Lust empfinden, von einigen Reihspornen sich in Abenteuer hineinzuziehen zu lassen — für den Ruf des fasces.

Oberleutnant Paule freigesprochen.

Wagner Drabstgericht der „Dresdn. Nachrichten“ Leipzig, 7. Juli. Nach der Mittagspause wurde die Vernehmung des Zeugen beendet.

Der sodann vernommene Junge Landwehr Weisker aus dem Gisch erzählt, wie Paule verhaftet wurde, Mißrat gefangen zu nehmen und dann 2 Mann herbeizurufen habe. In einem Nebenraum des „Mühlhäusener Tanzb.“ habe der Junge geschrieben, daß Paule den Befehl gegeben habe, den Hauptmann zu erschließen. Er erklärt das damit, daß der Hauptmann: „wei Mann her“ unter den Umständen als Befehl zum Erschießen aufzufassen gewesen sei. In dem Artikel des „Mühlhäusener Tanzb.“ stand auch noch, wenn Paule freigesprochen werde, sei die deutsche Justiz gerichtet. Der Junge erklärte, daß diese Worte nicht von ihm stammen, sondern ein redaktioneller Zusatz seien. Weiter erzählt er, daß er bei Mißrat habe gesehen, wie Mißrat sich wehrte und sich weigerte, die Waffen abzugeben. Endlich habe sich Mißrat entschlossen, mitzugehen. In einer Straßenecke habe er jedoch verlohren seinen zwei Begleitern zu entfliehen. Der Junge habe den Eindruck, daß Mißrat betrunken war. Ein Gelehrter, der weiter gefolgt ist, habe Mißrat erschossen. Durchharter Ernst Roop aus Anklam war Feldwebel. Er habe beobachtet, daß zwei Soldaten hinter Mißrat hergingen und daß dieser um sich schlug. Bald darauf habe Mißrat den einen Soldaten zu Boden geschlagen, worauf ein Schuß fiel und Mißrat niederkam. Der Junge habe sich über die Geduld Paules gewundert. Der letzte Junge, Arbeiter Oskar Menz aus Mannheim, nicht an Mißrat, der betrunken gewesen sei, habe um sich geschlagen. Als Mißrat bei seinem Abtransport an der Straßenecke verankert wurde, seien zwei Schüsse gefallen. Die Vernehmung wurde hierauf geschlossen.

Der Oberstaatsanwalt erweist das Wort und hebt hervor, daß trotz ein hinreichender Beweis, daß Paule den tödlichen Schuß abgegeben oder die Ladung befohlen habe, nicht erbracht worden sei.

Ganz klar sei der Vorfall geschildert worden. Man brauche nicht anzunehmen, daß einige Zeugen bewußt die Unwahrheit gesagt haben. Es handelt sich um Vorgänge, die sieben Jahre zurückliegen. Da könne sich ein Zeuge irren. Soviel erhe aber fest, daß Mißrat sich gewehrt habe, so daß Paule zwei Soldaten heranzog, um ihn zu entwaffnen und abzuführen. Aus den Aussagen aller Zeugen gehe auch hervor, daß Paule selbst nicht geschossen habe, nicht einmal die beiden effizienten Gewehre hätte er etwas behauptet. Aber auch von einem Befehl des Hauptmanns, den Kapitän zu erschließen, sei nicht das geringste festgestellt. Er beantragte deshalb, den Angeklagten freizusprechen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Pohl, Berlin, sagte, er sei stolz, ein Deutscher zu sein, nachdem er heute gesehen habe, mit welcher deutlicher Objektivität der heutige Fall behandelt worden ist. Der Vorfall, der den Anfang zur Klage bildete, sei sehr traurig, aber den Angeklagten treffe daran keine Schuld. Der Kapitän habe seiner Festnahme und Entlassung Widerstand entgegengesetzt. Wer den tödlichen Schuß abgegeben habe, war nicht festzustellen. Auch irgendeine Unterlassung falle dem Angeklagten nicht zur Last. Ihm habe lediglich daran gelegen, den Kapitän lebend in Gefangenschaft zu bringen, da er wichtige Aussagen hätte machen können. Wie könne die französische Regierung von einem durch Zeugen bezeugten Mordmord sprechen? Wo seien die Zeugen? Wer seien sie nicht aufgetreten. Der Verteidiger schließt sich dem Antrag auf Freisprechung an.

Nach einhalbstündiger Beratung verkündigt der Präsident um 3 Uhr

das Urteil, das auf Freisprechung lautet. Die Kosten werden der Reichskasse auferlegt. Die Behauptung der Beschuldigung, daß der Oberleutnant Paule den französischen Kapitän erschossen habe, ist widerlegt, aber auch, daß er einen Befehl zur Tötung gegeben haben soll, ist nicht erwiesen. Das Gericht hat die volle Ueberzeugung von der Unschuld des Angeklagten erlangt. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob bei der Erschießung des Kapitäns das Mordverbrechen vorliegt oder nicht. Der Präsident betont zum Schluß, daß die vollständige Schuldlosigkeit Paules erwiesen sei.

Protest der Alliierten gegen die Leipziger Urteile?

Paris, 7. Juli. Der „Temps“ schreibt: Nachdem die von der englischen, belgischen und französischen Regierung geforderten Anträge gegen deutsche Kriegsverbrecher nach einander vor dem Reichsgericht in Leipzig zu Freisprüchen geführt hätten, ist man in Paris der Ansicht, die Alliierten müßten gemeinsam Protest erheben und alle dem Reichsgericht übermittelten Akten zurückfordern.

Deutsches Bedauern wegen der Demonstrationen.

Berlin, 7. Juli. Die französischen Regierungsvertreter bei den Leipziger Prozessen sind gestern auf der Straße durch Parolen aus dem Publikum beleidigt worden. Der in Leipzig anwesende Vertreter des auswärtigen Amtes hat dem Leiter der französischen Delegation sofort sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. (W. T. N.)

Derliches und Sächsisches.

Die sächsischen Musikschuldirektoren gegen die Besteuerung der Klaviere.

Der Verband sächsischer Musikschuldirektoren hat folgendes Schreiben an das Stadtverordneten-Kollegium gerichtet:

Unter den neu einzuführenden sächsischen Steuern befindet sich auch eine solche auf Klaviere und Harmoniums. Die unterzeichnete Berufsorganisation der in Dresden bestehenden Musikschulen legt hiermit in deren Namen Einspruch gegen eine Besteuerung dieser Instrumente ein. Schon in den Kriegsjahren ist, veranlaßt durch finanzielle Maßnahmen, eine Verteuerung der Klaviere und Harmoniums in einem Maße eingetreten, die es Minderbemittelten unmöglich macht, ein solches Instrument zu erwerben. Dazu kam dann die 15 prozentige „Luxus“-Steuer und die Umsatzsteuer, die der Klavierbranche eine Umschmelzung von 80 bis 90 v. H. brachte. Nur Schieber und Kriegsgewinnler waren noch imstande, solche Instrumente zu erwerben, sehr zum Schaden deutscher Kunst. Infolge dieser überaus großen Verteuerung ist die Zahl der Klavierkäufer bei allen Musikschulen und Musiklehrern ganz gewaltig zurückgegangen, sowohl die Zahl der für den Beruf Musik studierenden, als auch derjenigen, welche die Musik im Hause pflegen. Musikpflege und die Erwerbung eines gewissen Maßes musikalischer Kenntnisse sind aber nicht die Erfüllung eines Luxusbedürfnisses, sondern eine Förderung der Kultur, eine Lebensnotwendigkeit. Es ist insbesondere kulturell, die zur Pflege der Musik und der Erbauung unentbehrlichen Instrumente durch eine weitere Steuer zu verteuern. Sonderbar berührt die Begründung der Musikinstrumentsteuer gegenüber denjenigen Musiktreibenden, die sich einen Ankauf im Hause verschaffen wollen und deshalb nicht gezwungen seien, in die staatlich unterrichteten Theater zu gehen. Der Grund, diese Bildungsgstätten zu meiden, ist darin zu suchen, daß eben diese kulturellen Kreise nicht die außerordentlich hohen Eintrittspreise bezahlen können. Gerade in der heutigen Zeit, wo deutsche Art und deutscher Geist von allen Seiten hart bedröhrt und bedrängt werden, haben Reich, Staat und Gemeinde die unbedingte Pflicht, dem Volke die Pflege der Ideale zu ermöglichen. Eins der vornehmsten ist die Pflege der Musik. Das Klavier und das Harmonium, welche beide allein imstande sind, den Strom der Harmonie vollständig wiederzugeben, haben durch deutschen Generations- und deutschen Erfindungsgeist ihre jegliche Vervollkommnung erhalten. Sie haben dazu beigetragen, die deutsche Musik auf ihre jetzige Höhe zu bringen und für die gebührende Achtung in der Welt zu verschaffen. — Die Folge der Steuer auf Klaviere und Harmoniums wird sein, daß die Nachfrage nach solchem Unterricht noch weiter als bisher zurückgehen wird, jedenfalls werden die Unterrichtspreise noch mehr als bisher gedrückt werden. Dadurch wird den Musikschulen und den Musiklehrern die Verdienstmöglichkeit weiter bedeutend eingeschränkt. Die Gerechtigkeit verlangt aber, daß diese Freie in Zukunft vor weiterer Not geschützt werden und ihnen durch gelegentliche Maßnahmen nicht noch mehr ihr Verdienst vergrößert wird. — Der unterzeichnete Verband bittet daher, die Steuer auf Klaviere und Harmoniums abzulehnen.

Verband sächsischer Musikschuldirektoren.
(Ges.) Richard Maden, Vorstandsvorsitzender.

Todesfall. Wo aus den Familienangelegenheiten dieser Nummer zu erfahren ist, verstarb am 5. Juli im Krankenhaus St. Jakob zu Leipzig an den Folgen eines Schlaganfalls der Mittelmaler im Reichsregiment Nr. 12 Fritz v. Pawel-Rammingen. Der Entschlafene stand im 67. Lebensjahre. Er war, wie es im Nachruf des Regiments heißt, ein luger, tapferer, im Kriege wie im Frieden glänzend bewährter Offizier von unermüdlicher Arbeitskraft und glühender Soldaten- und Kameradenliebe, ein hilfsbereiter Kamerad von edelsten Charaktereigenschaften.

Die Stelle des Stadtbaurats für das Hochbauwesen beim Rat zu Dresden ist anderweitig, und zwar zunächst auf sechs Jahre zu besetzen. Mit der Stelle, deren Inhaber Mitglied des Rates ist und den Amtstitel „Stadtbaurat“ führt, ist ein Grundgehalt von 18.000 Mk. sowie Pensionberechtigung verbunden. Der Gehalt steigt nach je zwei Dienstjahren auf 20.000, 22.000, 24.000 Mk. bis zum Höchstgehalt von 26.000 Mk. Neben diesen Gehältern werden Ortszulagen, Kinderbeihilfe und Ausbehaltszuschlag nach den jeweiligen staatlichen Sätzen gewährt. Bewerber müssen mit technischer Vorbildung — Nachweis der Ablegung beider Staatsprüfungen — ausgestattet sein und besondere Erfahrungen auf dem Gebiete der Bauverwaltung besitzen. Gesuche sind bis zum 1. Oktober d. J. an die Stadtverordneten-Kanzlei — Dresden-N., Nathaus, Kreuzstraße 8, 2. — einzufenden.

Reine unnütze Einreden an das Landeswohnungsamt. Beim Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt, laufen täglich eine Unmenge Gesuche und sonstige Anfragen ein, zu deren Erledigung nicht die Ministerialinstanz, sondern die Gemeinde- oder unteren Verwaltungsbehörden zu-

ständig sind. Durch die Weitergabe der Aufschriften an die zuständigen Stellen treten naturgemäß Verzögerungen in der Behandlung ein, die von den Einleitern unliebsam empfunden werden. Um dem in Zukunft vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß Gesuche und Anfragen in Wohnungsangelegenheiten aller Art an die Gemeindebehörden zu richten sind. Insbesondere bei den Angelegenheiten der Wohnungsbauämter und Mietverordnungsämter sind nicht beim Landeswohnungsamt, sondern bei denjenigen Stellen einzulegen, welche die beschriebenen Verfügungen getroffen haben. Die Behörden sind, soweit sie nicht selbst der Beschwerde abhelfen können, verpflichtet, sie mit dem ergangenen Aktenmaterial an die nächsthöhere Instanz weiterzugeben. Das Landeswohnungsamt befaßt sich höchstens in letzter Instanz mit Beschwerden. Dasselbe gilt auch bei persönlicher Einholung von Erfundigungen oder Stellung von Anträgen. Dem Publikum wird in seinem eigenen Interesse geraten, danach zu verfahren.

Die Konzession zur Errichtung einer neuen Apotheke in Dresden, und zwar auf der Marktstraße, ist vom Ministerium dem Apotheker Hartmann, langjährigem Mitarbeiter der Löwen-Apotheke und der Johannes-Apotheke, verliehen worden.

Bahnhof „Schöna-Herrndorf“. Der an der Linie Rodenbach-Dresden gelegene Bahnhof Schöna erhält mit Wirkung vom 1. August 1921 die Bezeichnung „Schöna-Herrndorf“.

Besichtigung von Kartofelanbauversuchen. Die Besichtigung der Versuche des Landeskulturrates und der angebauten Kartoffelorten auf dem Rittergut Hirschfeld, Post- und Wahnstation Deutschendorf, Bez. Dresden, steht der Öffentlichkeit jetzt offen.

Glockenweihe der St.-Pankirche. Der Festzug steht nächsten Sonntag, vom 1/2 Uhr an, am „Vindengarten“, Königsbrüder Straße 121, Abends 7 Uhr 30 Min. Er beginnt sich durch die Königsbrüder-, Tann-, und Oppelstraße über den Hofplatz, dann Hecht- und Richtenstraße nach dem Königsbrüder Platz, wo die Weihe um 8 Uhr stattfindet.

Regimentslag der 10ter (aktives Regiment „Aronprinz“). Vom Festausflug wird uns berichtet: Vom 20. bis 22. August findet in Chemnitz der erste Regimentsstag des ehemaligen Regiments „Aronprinz“ statt. Um die Unterbringung aller Kameraden sicherzustellen, werden Anmeldungen mit Angabe der Kompaniennummer bis spätestens 31. Juli an den Vorsitzenden des Quartier-Ausschusses Kamerad W. Pöcher, Chemnitz, Luisenstraße 16, erbeten. Wer sich nicht selbst Unterkunft besorgen kann, muß dies bei der Anmeldung besonders angeben.

Das Reflektblech. Ueber das mit dem Monats-Eisenbahnkarton verbundene Blechblech hat ein Angehöriger, der in Dresden wohnt, aber in Pirna beschäftigt ist, wie folgt: Eine sehr unangenehme Erfahrung habe ich in den letzten Tagen mit der Eisenbahn gemacht. Da ich gezwungen bin, mehrmals am Tage von Dresden nach Pirna zu fahren, habe ich mir für den Monat Juli ein Monatskarte angeschafft. Zu dieser Karte erhielt ich ein Fahrkartenschalter ein Stück schmales Blech von ungefähr 10 Zentimeter Länge und 4 Zentimeter Breite. Ueber die ganze Fläche des Bleches war ein Reflektblech auf die Firma Gerling u. Rodkroh eingepreßt. Dieses Reflektblech mußte ich, wenn ich die Monatskarte haben wollte, mit 1,50 Mk. bezahlen. Meine Karte wurde nun mittels Postbestellers an das Blech befestigt, während auf der anderen Seite Raum für meine Photographie war. Mit diesem großen, vierkantigen, unpraktischen Blech habe ich mir nun innerhalb kurzer Zeit regelmäßig die Taschen durch. In einschlägigen Geschäften gibt es nun zwar bessere und handliche Taschen für die Monatskarten, doch dürfen diese nicht benutzt werden. Recht sonderbar mußte es auch an, daß die Eisenbahn für das Stück Blech, das doch mit gut bezahlter Reflektblech bedeckt ist, außer den Preis für die Monatskarte noch 1,50 Mk. verlangt. Und trotzdem das große Defizit!

„Die Bettlerin von Stambul“ heißt der neue große Film der U.-L.-Lichtspiele. Am Donnerstag mittig sah ihn ein ausgewählter Kreis zum ersten Male. Gegenstand des Werkes ist die Liebe eines jungen amerikanischen Offiziers in türkischen Diensten — ein deutscher Offizier in dieser Stellung wäre weniger ungewöhnlich gewesen — zu einem türkischen Bettlermädchen, einem Naturkind von ungebändigtem Temperament. Die Art, innerlich ergriffen von des Amerikaners Willen, sie emporzuziehen, die Seele in ihr, die als Weib nach mohammedanischer Auffassung seine haben kann, zu wecken, in die Gefahr kommt, den Harem eines türkischen Sultans teilen zu müssen, und durch eigenen Mut, durch Blutergehen und Aufopferung gerettet wird, das bekommt man in teilweise eindrucksvollen Bildern zu sehen. Bedauerlich bleibt die ausländische Aufmachung des Films; der englische und amerikanische Soldat als Weib einer Schaukellung in Deutschland, das erweist, zwei Jahre nach Versailles, peinliche Gefühle. Ein anderer Film von gleichfalls angelsächsischer Aufmachung: „Joe Martin, der Missetäter“, wird zur Belustigung des Publikums aufgeführt.

Nr. 317

Seite 3

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Geschlossen.“ Schauspielhaus: „Der Schwan“ (Schauspiel des Burgtheaters), (1/2). Albert-Theater: „Geschlossen.“ Residenz-Theater: „Autolobden“ (7). Zentral-Theater: „Die Sode mit Sota“ (7).

† **Der Rektor der deutschen Eisenbetondeckel, Kommerzienrat Conrad Freitag,** Hochschol der Ingenieurwissenschaften der Technischen Hochschule zu Darmstadt, ist im Alter von nahezu 75 Jahren gestorben. Die besondere Bedeutung Freitag's liegt in der Tatsache, daß er durch die im Jahre 1881 erfolgte Erwerbung der sogenannten Röntgenpatente, eines Verfahrens, womit ein nahezu unbekannt gebliebener Pariser Gärtner die Verwendung von Eisenbeton in Zementumfüllung praktisch erprobte, die Grundlauge geschaffen hat, die Eisenbetondeckel in Deutschland heimisch zu machen.

† **Spanische Ehrung eines deutschen Gelehrten.** Privatdozent Leonhard Köpcke von der Universität Halle, welcher auf Einladung der spanischen Regierung an den Universitäten Madrid, Sevilla und Granada Vorlesungen über Mikroskopie des lebenden Auges gehalten hatte, wurde von der Universität Madrid mit dem Titel eines Professors für Anatomie und Physiologie honoris causa ausgezeichnet.

† **Das Deutsche Bücherverzeichnis.** Das von der Bibliothekischen Abteilung des Völkervereins der Deutschen Buchhändler herausgegebene Deutsche Bücherverzeichnis für die Jahre 1911 bis 1914 hat nunmehr durch das kürzlich erfolgte Erscheinen des dritten Bandes (Stich- und Schlagwortregister) seinen Abschluß gefunden. Damit ist ein Werk vollendet, das die oft angesehene Behauptung, die deutsche Bibliographie sei die beste in der Welt, von neuem bestätigt. Das Deutsche Bücherverzeichnis enthält bekanntlich die Titel sämtlicher in den Berichtsjahren erschienenen Bücher — in den ersten zwei Bänden in alphabetischer Folge, im dritten Schlagwortmäßig nach dem Inhalt geordnet. Das für den Buchhändler, Bibliothekar und Bücherfreund unentbehrliche Nachschlagewerk erscheint jetzt zum ersten Male im Verlag des Völkervereins der Deutschen Buchhändler als Nachfolge und Erbe der verschiedenen älteren, von Privatverlegern herausgegebenen Bibliographien (Hirtz, Reuser, Georg usw.). Das Durchblättern des dritten Bandes hat auch für den Nachschauer einen großen Reiz, da man hier Einblick gewinnt, wie reich die Literatur dieses oder jenes Wissensgebietes ist. So umfaßt der Abschnitt „Wissenschaft“ nicht

weniger als 26 zweispaltige, eng bedruckte Quartseiten — und dabei handelt es sich nur um Erscheinungen aus dem Jahre 1914 (!). Richard Wagner sind 2 1/2 Spalten gewidmet — dabei sind weder die Einzelausgaben seiner Werke, noch die rein musikalischen Publikationen mitgezählt, es handelt sich also nur um die in den Jahren 1911 bis 1914 erschienenen Schriften über den Meister. Der Abschnitt Goethe umfaßt 5 1/2 Spalten, 26 Bücher beschäftigen sich mit dem „Bau“.

Sozialismus und Sozialdemokratie beanspruchen auch schon in diesem Fortschrittstage 5 ganze Spalten, in dem nächsten Bande, der die Jahre 1915 bis 1920 umfaßt, soll, wird der Raum sich wohl stark ausgedehnt haben, ebenso der Abschnitt Revolution, der im Register nur zwei knappe Spalten umfaßt, auf denen meist geschichtliche Abhandlungen zur französischen Revolution aufgezählt werden.

† **Herbert Eulenberg über das deutsche Theaterpublikum.** In seinem neuen Buch: „Der Gustav“ schildert Herbert Eulenberg in launiger Weise den ersten deutschen Schauspielers — einen Varen, den ein feilscher Gauner im Jahre 79 n. Chr. den kommenden Übersikern im Tentoburger Walde vorführte. Er erzählt dann weiter, daß, als ein paar Jahre später ein Ghatte mit einem ebenso gewandten Varen in Tentoburg erschien, die Leute, die noch den ersten Varen gesehen hatten, sofort feststellten: der neue könne sich mit den Meisterleistungen des alten keinesfalls messen. Und als wieder mehrere Jahrzehnte später ein paar aus Gallien vertriebene Gauner dem Volk von Tentoburg ihre Späße vormachten, da wurde von den nunmehr älteren Varen einstimmig bezeugt, daß solche Dampfmänner gegen die Varen und deren Epoche erbärmliche Dampfer wären. Seit dieser Zeit begann man über den Verfall der Schauspielkunst in Deutschland zu klagen und hat dies bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Und erst, wenn die letzten Varen aus wieder umlangen und damit um das Jahr 9850 179 nach der Geburt Christi der letzte deutsche Schauspieler dem ersten die Hand reicht und der Ring der Entwicklung geschlossen ist, werden die Klagen verklingen und wird die Wälschung schweben.

† **Johann Strauß und der Tanz.** Siegfried Poewy, der Präsident des Komitees für das Johann-Strauß-Denkmal in Wien, äußert sich zu diesem aus von uns hier behandelten Thema: Daß der Klavierspieler der Tanzkunst, der geniale Schöpfer von nahezu einem halben Tausend Walzer, Polkas und Quadrillen, daß Johann Strauß, der so oft die tanzende Welt in einen wahren Walzerrausch versetzt hat, selbst eine Art „Mauerbräutigam“ der Tanzunterhaltungen gewesen ist, ist eine so kurze und erstaunliche Sache, daß ich die Zweifel daran, vollumfänglich, nicht

Aufforderung, diese Annahme festzustellen oder zu widerlegen, die in dem angezogenen kleinen Aufsatz ausgesprochen wurde, folgend, kann ich tatsächlich aus Gesprächen, die ich mit dem Lieddichter geführt habe, konstatieren, daß, so unvergleichlich er zum Tanz aufzutreten vermochte, er selbst sich nicht einmal von seinem eigenen stürzenden Weisen angetan fühlte, dem Tanzvergnügen zu huldigen. Ueber schürmerische Versuche ist er niemals hinabgekommen. Johann Strauß benötigte auch in Tanzsaale die Ruhepausen bloß dazu, um dem einen und dem anderen hohen Wienerkind etwas tiefer in die Augen zu blicken und mit ihm ein ehrnenerisches gemüthliches „Plausch“ zu machen. Er fühlte sich, so sagte er einmal wörtlich, auf dem Tanzboden zu unbehaglich und fürchtete — man denke, Johann Strauß, der Meister des Dreivierteltaktes — beim Tanzen nicht genügend Takt halten zu können. Seine Gattin Adele gegenüber hat sich Strauß wiederholt über seine Inskriptivität als Tänzer ausgesprochen und als Hauptursache seiner Idiosynkrasie gegen das Tanzen seine Neigung zum Schwindeln angegeben. Das strikte Gegenteil von Johann Strauß war sein Bruder Eduard, der ja auch beim Trügeren mit seinen tänzelnden Bewegungen gewissermaßen als Tanzführer fungierte. Für Johann Strauß war, wie auch einer seiner Walzer sich nennt, „das Leben ein Tanz“, aber in seinem Leben hatte der Tanz keine persönliche Bedeutung. Dies sei der historische Wahrheit gemäß festgehalten. Uebrigens weiß ich authentisch, daß auch Strauß Vater kein Tänzer war.

Wilhelm II. und seine Eltern.

Die „Deutsche Revue“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) bringt zurzeit Veröffentlichungen aus den Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee. Der im Juliheft der genannten Zeitschrift mitgeteilte Abschnitt dieser menschlich und geistlich hochbedeutenden Erinnerungen handelt von Kaiser und Kaiserin Friedrich. Bei der großen Wichtigkeit, die für Leben und Charakterbildung Wilhelms II. das Verhältnis des Sohnes zu seinen Eltern hatte, ist besonders interessant, was Waldersee über diesen Punkt sich ausgesprochen hat. Wir lesen da u. a.:

Was das Verhältnis der Eltern zum Sohne anlangt, so bin ich nicht einem Augenblick im Zweifel, daß das Unrecht bei den Eltern, und zwar angesichts der fähigen Stellung, die schon damals die Kronprinzessin unbestritten in ihrem Hause besaß, vorwiegend bei der Mutter lag. Sie wollte den Sohn ganz nach ihrem Geschmack geformt haben, mochte sich aber nicht klar, daß dieser bei offenerm Kopf schon früh

Die Wiederaufnahme des Verfahrens im Gattenmordprozess... Die Wiederaufnahme des Verfahrens im Gattenmordprozess... Die Wiederaufnahme des Verfahrens im Gattenmordprozess...

Das 20-jährige Jubiläum... Das 20-jährige Jubiläum... Das 20-jährige Jubiläum...

Die Kundgebung der... Die Kundgebung der... Die Kundgebung der...

Die Kundgebung der... Die Kundgebung der... Die Kundgebung der...

Die Kundgebung der... Die Kundgebung der... Die Kundgebung der...

Veranstaltungen für heute... Veranstaltungen für heute... Veranstaltungen für heute...

seitig ein erhebliches Quantum eigenen Willens besaß... seitig ein erhebliches Quantum eigenen Willens besaß... seitig ein erhebliches Quantum eigenen Willens besaß...

Stadtverordneten-Sitzung.

Die Stadtverordneten hielten gestern, ihre 24. Sitzung... Die Stadtverordneten hielten gestern, ihre 24. Sitzung... Die Stadtverordneten hielten gestern, ihre 24. Sitzung...

Erhöhung der Kinderbeihilfen... Erhöhung der Kinderbeihilfen... Erhöhung der Kinderbeihilfen...

Einführung einer Wohnungsluftsteuer... Einführung einer Wohnungsluftsteuer... Einführung einer Wohnungsluftsteuer...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens... Einrichtung eines öffentlichen Rechtsbankstufens...

zu lösen. Dem Verein... zu lösen. Dem Verein... zu lösen. Dem Verein...

Entwurf des Reichsschulgesetzes

beschäftigte sich eine Eingabe des... beschäftigte sich eine Eingabe des... beschäftigte sich eine Eingabe des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

zum Antrag des... zum Antrag des... zum Antrag des...

Neue Bücher und Zeitschriften.

Die Einbildung des... Die Einbildung des... Die Einbildung des...

Die Einbildung des... Die Einbildung des... Die Einbildung des...

Die Einbildung des... Die Einbildung des... Die Einbildung des...

Die Einbildung des... Die Einbildung des... Die Einbildung des...

Ich bin befreit... von allen Hausarbeiten und Hausaufgaben... von allen Hausarbeiten und Hausaufgaben...

Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens

Jedes Deutsche sieht heute mit Stolz und Interesse nach Oberschlesien. Der Weltkrieg hat unser Volk zu einer ungeheuren Einheit gebracht. Es ist ein Gefühl, das die deutsche Nation nur durch die Besetzung der Ostprovinzen und das Bewußtsein der großen Aufgaben, die uns gestellt sind, zu erklären ist. Da sich diese Überzeugung bei allen Deutschen nur durch die Besetzung der Ostprovinzen erklären läßt, so ist es nicht in allen Kreisen gleichmäßig bekannt. Da sich diese Überzeugung bei allen Deutschen nur durch die Besetzung der Ostprovinzen erklären läßt, so ist es nicht in allen Kreisen gleichmäßig bekannt.

Welchen Aufschwung Oberschlesien innerhalb etwa 100 Jahren unter deutscher Herrschaft, deutschem Volk und deutscher Schicksalsgemeinschaft erlebt hat, erkennt man schon an der Bevölkerungszahl, die im Jahre 1910 um nicht weniger als das Dreifache zugenommen ist. Sie beläuft sich jetzt auf 2.250.000. Diese ungeheure Zahl ist nur daraus zu erklären, daß Oberschlesien ein industrieller Produktionsfaktor geworden ist. Der Aufschwung seiner außerordentlich zahlreichen Volkswirtschaft, die europäischer Nationen nirgends in Europa so dicht angelegt ist, ist der, daß sich binnen kurzem eine Industrie entwickelt hat, die mit der größten und ertragsfähigsten in Deutschland mithält. 80 Prozent der Kunst- und Industrieerzeugnisse kommen aus Oberschlesien, ebenso ist die Viehzucht eine ganz hervorragende. Der Hauptfaktor der Industrie ist jedoch die Kohle; bei Verlust Oberschlesiens würden wir die Hälfte unserer Steinkohlenvorräte verlieren, und somit 1/3 unserer gesamten Kohlenförderung einbüßen. Ebenso wäre der Verlust der Eisenindustrie ein schwerwiegendes.

Wir erkennen an anderen Karten der Ostprovinzen, daß aller Handel und Verkehr Oberschlesiens von Osten nach Westen orientiert ist. Die Ost- und Westprovinzen, hauptsächlich die Ostprovinzen, führen alle nach Deutschland hin.

Das würde es nun bedeuten, wenn Oberschlesien an Polen fielen? — Alle Ost- und Westprovinzen müßten nach Osten umgekehrt werden. Das läßt aber einer Stilllegung des Handels und Verkehrs von westlichen Nationen gleich. Weiter würde eine absolute Verfallung der so wichtigen Industrie in Oberschlesien eintreten, da sich bekanntlich und erwiesenermaßen der Vorkriegszustand nicht wiederherstellen ließe. Die größte Gefahr jedoch besteht darin, daß Oberschlesien bei Verlust der Volkswirtschaft für Deutschland würde, und dadurch unter nationaler und industrieller Organisation dauernd demütigt wäre.

Der Fall von all diesen kühnen Gedanken sind wir überzeugt, daß ein genaues Bild in die wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens gewonnen wird, der heute die Ausstellung über den Friedensvertrag von Versailles. Sie ist von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags und Sonntags von 11 Uhr bis 7 Uhr nachmittags geöffnet.

Dresdner Vogelwiese.

Der Höhepunkt der festlichen Veranstaltungen der Dresdner Vogelschützengesellschaft während der Vogelwiese bildet schon seit Menschengedenken das

Gerrenfestmahl.

Das gestern Donnerstag in der altgewohnten Weise im Schützenzelt vor sich ging. In den prächtig geschmückten Zelt hatten etwa 100 Mitglieder mit vielen Ehrengästen Platz genommen, an die Vorsteher Schwenke eine längere Ansprache richtete. Wenn die Wiese auch diesmal wieder in ihrem leuchtigen Zelt inmitten der großen Budenstadt hochgehört, so sei dies begründet, so sei dies keine neue Einrichtung, die bei dem Ende der gegenwärtigen Zeit vielleicht entbehrlich erscheinen könnte, vielmehr sei es eine tief im Empfinden aller Vogelschützen vieler Generationen verwurzelte Sitte, einmal in der neunmätigen Festfolge die gute alte deutsche Gastfreundschaft zu pflegen gegenüber allen denen, die durch ihr Amt oder als liebe treue Freunde der Wiese nahe stehen. Wenn an diesem Tage wieder überaus froher Menschen nach der Festwiese pilgerten, darunter viele, denen das Schicksal die frohlichen Stunden des Lebens nur kärglich zugemessen habe, dann werde der stille und besinnliche Beobachter erkennen müssen, daß die Veranstaltung der Vogelwiese nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Tat sei. Der Redner fuhr dann weiter fort, daß bei allen festlichen Veranstaltungen der Vogelschützen immer der eine große Gedanke unverwundbar im Vordergrund gestanden habe, der die Wiese auch heute wieder bewege, der Gedanke an die hochverehrten Mitglieder des Königshauses. Das Verhältnis zur monarchischen Verfassung und zur unumwandelbaren Treue zum König. Solle auch heute der erste Gedanke der festlichen Veranstaltung sein. Darauf gab der

Vorsteher die Dankesreden bekannt, die eingeleitet waren von König Friedrich August für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag und zur Vermählung seiner ältesten Tochter, ferner für die Einladung zum Festlichen von dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Christian und dem Prinzen von Coburg, den Gemahlin der Prinzessinnen Margarethe und Maria Alz, die gleichzeitig die Mitgliedschaft der Wiese mit herzlichem Danke angenommen haben, sowie von den Hofämtern, im Auftrage der übrigen Mitglieder des ehemaligen Königshauses. Der Redner wandte sich dann mit herzlichem Worten der Begrüßung an den anwesenden Kammerherrn von Plackwitz, der als Vertreter der Mitglieder des Königshauses unentwegt an den Veranstaltungen teilnehme und intensiver alle Bestrebungen der Wiese unterstütze. Gesehnet sei dieses schöne Verhältnis für alle Zeiten! Ferner sei es ihm ein Herzensbedürfnis, namens der Wiese alle übrigen Ehrenäste zu begrüßen. Sie besengeten es, daß die Behörden wieder lebhaftesten Anteil an den Bestrebungen der Wiese nehmen. Die Zusammenarbeit sei nicht immer reibungslos gewesen. Aber immer wieder sei die Hand gefunden worden zu dem Zusammenkommen. Weiter begrüßte der Vorsteher den Vertreter der Schützengesellschaft, der Schützengesellschaft, sowie die beiden hochverehrten Ehrenmitglieder der Vogelschützen, den früheren repräsentierenden Vorsteher General v. Seydlitz und den 81-jährigen Privatier Adam, der in diesem Jahre der Wiese 40 Jahre angehört.

Der trefflichen Rede des Vorstehers Schwenke, die wiederholt von lebhaften Bravorufen unterbrochen wurde, folgte eine ganze Reihe weiterer Dankesprüche. Kammerherr v. Plackwitz dankte für die freundlichen Worte an die hohen Mitglieder der Wiese, die er zu vertreten die Ehre habe. Er glaube mit voller Überzeugung sagen zu können, daß dieser Dank von ihm ganz im Sinne dieser Mitglieder ausgesprochen werde. Gleichzeitig dankte er in seinem eigenen Namen und fügte den Wunsch an, daß der gute Anfang, der in den beiden letzten Jahren mit der Wiederaufnahme der Vogelwiese gemacht worden sei, sich weiter fortsetzen möge. — Im Namen des Polizeipräsidenten dankte Begleitungsrat Müller. Er sei mit besonderem Interesse überher gekommen, weil er als Leiter der Abteilung für Kunstarbeiten sehr oft Gelegenheit gehabt habe, mit den Vorstandsmitgliedern in enge Fühlung zu treten und weil er aus eigener Anschauung wisse, mit welcher ungeheurer Mühe und Verantwortung die Veranstaltung der Vogelwiese verbunden sei. Wäre die Dresdner Vogelwiese ein edles Volksfest bleiben und sich mit ihrer Tochter, die sie jetzt noch bekommen habe, der Wiese des Dresdner Jugendrings, zu einem harmonischen Ganzen vereinigen! — Stadtrat Spren sprach im Namen des Rates und der von ihm abgeordneten Herren Stadtrat Reichardt und Branddirektor Dänzer, sowie der beiden Ehrenmitglieder. Er griff zurück auf die altherwürdige Geschichte der Wiese, schilderte, daß die Vogelwiese selber schon zu Kriegsworten, ja auch infolge von Zerstörung und Schäden ausgesetzt wurde und erinnerte unter Hinweis auf eine Wiese des vorigen Jahrhunderts erschienenen Schrift, daß damals bereits, aufstrebend nicht ohne Erfolg, Bestrebungen im Gange gewesen seien, die Vogelwiese zu veredeln. Er brachte seine Freude über die Beteiligung des Jugendrings und die heute, Freitag, nachmittags 6 Uhr auf dem Platz am großen Vogel stattfindenden turnerischen Vorführungen aus und wünschte, daß auch noch dann edlen Männergelingen auf der Vogelwiese eine Stätte bereitet werden möge. Alle Bestrebungen zur Veredelung der Vogelwiese würden die weitestgehende Unterstützung des Rates finden. — Die Glückwünsche der Schützengesellschaft überbrachte Herr Wagner. Darauf richtete Vorsteher Schwenke eine Rede des Dankes an seinen Mitvorsitzer Postmeister Jähne, der das schöne einjährige Jubiläum der 25-jährigen Vorstandsmittelschaft befehlen könne und besonders in seiner 11-jährigen Tätigkeit als geschäftsführender Vorsteher eine ungeheure Summe von Arbeit für die Wiese geleistet habe. Dann begrüßte der Vorsteher unter Unterstützung einer künstlerisch ausgeführten Rede Herrn Direktor Hugo Haase, der über 25 Jahre die Vogelwiese regelmäßig besucht und sich um die Einführung von Neuerungen auf dem Gebiete volkstümlicher Belustigungen namhafte Verdienste erworben hat. — Tief bewegt sprach Vorsteher Jähne seinen Dank aus mit dem Versprechen, der Wiese auch weiterhin seine Kräfte zu widmen. Herr Haase richtete in seinen Dankesworten das gute Einverständnis, das immer zwischen der Wiese und ihm geherrscht habe, auch dann, als sein Unternehmen zur Mittelschicht geworden war. Große Freude rief später die Mitteilung hervor, daß Herr Haase die Summe von 10.000 Mark gestiftet habe, deren Zinsen für eine Stipendium Verwendung finden sollen.

Während der Tafel, für die der Schützenwirt Andan bestens gesorgt hatte, klangen die vaterländischen Weisen in das Fest, die die ehemalige Garderegimentkapelle unter Obermusikmeister Stock's Leitung auf dem Festplatz spielte. Auch Langs Oberländer und Zauberkünstler Weinberg trugen dazu bei, die Stimmung zu beleben. Um 5 Uhr wurde das Schützen auf den großen Vogel fortgeführt, von dem dank der Treue der Schützen allerdings nur noch kümmerliche Reste übrig sind.

Bermischtes.

Hindenburg in Göttingen. An der Hofkapelle der Göttinger Universität nahm u. a. auch der Generalleutnant v. Hindenburg teil. Auf dem Wege zur Universität bildeten Schulen, Vereine und studentische Korporationen Schar. Bei dem Fest in der Aula dankte Hindenburg für die ihm dargebrachte Ehrung und richtete ein Mahnwort an die akademische Jugend, die Pflichterfüllung und Mannesmut besonders zu pflegen.

Das Reich als leibender Erbe. Einen reichen Erbschaft hat das Reich auf Grund der Erbschaftsteuer in der Waise zu vererben. Der in Deidesheim in der Rheinpfalz kürzlich verstorbenen vormalige bayerische Reichsrat Franz v. Puhl war der reichste Mann der Waise. Er hat die großen Vermögen und das Vermögen seines Vaters, des vormaligen nationalliberalen Reichspräsidenten Armand v. Puhl, die seines Onkels, des vormaligen bayerischen Reichspräsidenten Puhl, und die noch größeren seines Onkels, des verstorbenen nationalliberalen Reichspräsidenten Wilhelm Schellhorn geerbt. Seine kinderlose Witwe ist eine Tochter des Teilhabers der Diskontogesellschaft. Mangels direkter Nachkommen fallen 70 Prozent dieser vielen Millionen betragenden Hinterlassenschaft durch die Erbschaftsteuer an das Reich. Bayern, das Deutsches Reich, ist nur mit 10 Prozent davon beteiligt.

Streik in den mecklenburgischen Badeorten. In sämtlichen mecklenburgischen Badeorten sind am Donnerstag alle Angestellten der Hotels, Restaurant- und Kaffeehausbetriebe wegen Lohnüberempen in den Streik getreten.

Durch einen Waldbrand. der durch Funkenflug einer Maschine entstanden war, wurden zwischen Altenwalde und Nordholz im hannoverschen Jagungsbezirk Seede in der Nacht zum Donnerstag 15 Hektar Waldbestand vernichtet.

Unfall oder Verbrechen? Der Vererber Maxstrat hat zwei Vertreter nach Heidelberg entsandt, die mit der dortigen Staatsanwaltschaft in Verbindung getreten sind, um über die Mittel zur Aufklärung der beiden verstorbenen Bürgermeister zu beraten. Die Stadt Verford hat 10.000 Mark Belohnung für die Aufklärung ihres Bürgermeisters Busse ausgesetzt. Oberbürgermeister Busse befand sich zurzeit auf einer Ferienreise und hatte in Stuttgart dem Stadtrat beigewohnt. Von Stuttgart war er nach Heidelberg gekommen, um seinen Freund Berner, mit dem er acht Jahre lang im Verford Gemeindevorstand zusammengearbeitet hatte, zu besuchen. Mit Berner hatte er Spaziergänge in der Heidelberger Waldumgebung gemacht. Oberbürgermeister Busse ist 50 Jahre alt, Berner 42 Jahre alt. Oberbürgermeister Berner ist vor zwei Jahren aus dem Verford Amt ausgeschieden und nach Heidelberg gezogen. Ein Junge will die beiden heute vor acht Tagen am Königstuhl gesehen haben. Die Annahme gewinnt immer mehr an Boden, daß die beiden Herren das Opfer eines Verbrechens geworden sind. Sie dürften irgendwo verhaftet sein. Inzwischen hat die Aufregung in Heidelberg sich weiter geäußert, nachdem bekannt geworden ist, daß seit mehreren Tagen auch ein Kaufmann namens Dork aus Verita verschwunden ist. Er wohnte seit mehreren Wochen in einem Heidelberger Hotel. Am 20. Juni ging er zu einem Spaziergange fort mit der Angabe, sofort zurückkommen zu wollen. Der Kaufmann hatte seine Hotelrechnung bezahlt, das Zimmer weiter bestellt und seine Koffer dazugelegt, so daß über sein Verschwinden große Beunruhigung entstanden ist.

Unterstellungen bei der deutschen Friedensdelegation. die während des Aufenthaltes in Paris verübt worden waren, beschäftigen augenblicklich das Berliner Sondergericht I. Zu der deutschen Friedensdelegation gehören unter anderem auch ein Deutscher Lepper und ein Zahlmeister Oberlehrer. Dieser fiel in Paris dadurch auf, daß er in weiblicher Begleitung große Summen machte. Eine spätere Prüfung der Bücher ergab einen Fehlbetrag von über 750.000 Mark. Lepper wurde unter dem Verdacht, diese Summe unterschlagen zu haben, verhaftet. Da er behauptete, das Geld von dem Zahlmeister Oberlehrer erhalten zu haben, wurde auch dieser verhaftet. Auf Grund der von der Verteidigung angeführten Ermittlungen ist der angeklagte Zahlmeister jedoch aus der Haft entlassen worden, da sich der von Lepper angelegte Verdacht nicht aufrechterhalten ließ.

Blener Schulfeste. Infolge des außerordentlichen Rückganges der Schülerzahl in den Volksschulen wurden in Wien fünf Schulen geschlossen.

Der Schwart, kriegt einen Beweis! Aus der Zeit der Polizeiverwaltung in Suhl veranlaßt gesehen, um den überhandnehmenden Zusammenstößen der Kutschkutschen männlichen und weiblichen Geschlechts in den Straßen der Stadt zu entgegenzuwirken. Die Polizei will es in Zukunft nicht mehr dulden, daß man sich auf den Bürgersteigen zu Mittag und Nacht versammelt und den Verkehr behindert und wird durch Anwendung von sogenannten „Erinnerungszetteln“ solchen mit der folgenden Zeit wieder treibenden Schwärmen Verweise erteilen.

Nr. 917 Dresden Nachrichten Freitag, 6. Juni 1919 Seite 5

Zirka 5000 Meter

Stoffe

nur gute, einwandfreie Qualitäten
130-150 cm breit,
brings ich zu folgenden niedrigen
Preisen zum Verkauf

Meter M. 25.- 35.- 49.-
Meter M. 69.- 85.- 98.-

Große Auswahl in fertiger Herren-
und Damen-Kleidung
zu außergewöhnlich billigen Preisen

Ein Herren-Stoffe
140 cm breit,
Mark 13.75 per Meter

Richard Paul

Dresden, Wilsdruffer Straße
Ecke Postplatz,
Engros-Verkauf nur Wallstraße 3, II. und III.

Welle Zähne
Glycerin Zahnpasta
Marke TOPAS
Tuba 300 Mk. u. 100 Mk.
Paul Schwarzlose
Dresden - A. 1000

Alle Arten
**Reise-
Koffer**
in verschiedenen
Preislagen!

Koffer
Damen-
Herrn-
Schiffs-
Hand-
Stiche. Kofferfabrik „Stahlhof“ Friedr. Jone & Co.,
Dresden-A., Stroblener Straße 5, im Hofe.
Verkauf bis 4 Uhr nachmittags.

**Neue Kupfer-Elektro-Motoren
und Dynamos**
Drehstrom Gleichstrom
Wechselstrom
In allen Größen, mit voller Garantie.
Reine Friedensausführung.
Konkurrenzlos billig.
Henn & Co.
G. m. b. H.
Dresden-A., Friedrichstr. 18.
Tel. 17405, Teleg.-Adr. Henn, Dresden.

**Fahrbare
Dreschmaschine**
In bestem Zustande, mit Spreu-Gebälde, 20 bis 30 Str.
Stundenleistung, mit doppeltem Riemen, für Motor-
und Dampftrieb, verkauft, weil überzählig.
A. Kunze, Wilsberg bei Goffeubau.
Telephon Goffeubau 12.

Möbel-Ausstellung
Speise-, Herren-, Wohn- u. Schlafzimmer sowie Einzelmöbel
in einfach bürgerlichen bis zu den elegantesten Ausführungen, ganz besonders preiswert,
in reichster Auswahl empfiehlt
May Trips
Inhaber: Albin Wauer
Dresden-Neustadt, Königsbrücker Straße 56, Tel. 22691

